

Kohlekraftwerk Lubmin bei OZ-Lesern umstritten

Zum Beitrag „Kraftwerk kippt Öko-Pläne“ (OZ vom 29. 8.) meint Christian Nitschke aus Rostock:

Für die Gutmenschen ist alles immer ganz leicht. Die böse Technik (Kohle-, Kernkraftwerke) wird einfach gegen eine gute Technik (erneuerbare Energien) ausgetauscht. Die Fakten kümmern diese Berufsständigen überhaupt nicht. Denn Kohle und Kernenergie liefern ständig Strom im Grundlast- und Mittellastbereich. Das kann die Wind- oder Solarenergie nicht. Windkraftanlagen liefern nur zeitweise Strom. Deswegen müssen Kohle- und Kernkraftwerke ständig in Bereitschaft sein und bei Wind- und Sonnenangebot unter Wirkungsgradverlust zurückgefahren werden. Je höher der Anteil an erneuerbaren Energien anwächst, desto höher werden die Kosten für die elektrische Energie ansteigen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Allgemeinheit die ständige Erhöhung der Strompreise so einfach auch für die Zukunft akzeptieren wird. Politik und Medien werden es sich dann wieder einfach machen: Die „Energiemonopolisten“ sind daran schuld.

Zu „Verheerende Folgen für den Bodden“ (OZ vom 29. 8.) schreibt Alexander Kühn aus Kröslin:

Kritische Fragen müssen weiterhin beharrlich in Richtung Dong-Energy (Investor des geplanten Kohlekraftwerks, die Redaktion) und in Richtung Schwerin gestellt werden. Eine dieser Fragen ist neben vielen anderen die nach den 140 neuen Arbeitsplätzen, die im Werk entstehen, und mit denen immer wieder leidenschaftlich und gegen alle Vernunft pro Kraftwerk argumentiert wird. Welche Arbeitsplätze werden denn nun ganz genau geschaffen werden? Wer aus der Region wird die entsprechenden fachlichen Qualifikationen aufweisen können, um einen solchen international (!) ausgeschriebenen Arbeitsplatz zu bekommen? Und: Wie rechtfertigt man in Schwerin und bei Dong das erhebliche Risiko, dass aufgrund des Kraftwerks längerfristig Hunderte Arbeitsplätze in der Region – z. B. in der Fischerei und im Tourismus – verloren gehen? Befriedigende Antworten tun not, das ist man den betroffenen Menschen vor Ort schuldig.

Hans-Georg Reibiger, Stralsund:

Wut ergreift mich, wenn ich feststellen muss, dass es noch immer Menschen gibt, die die Zeichen der Zeit nicht erkennen wollen. Hinter verschlossenen Türen wird Herr Seidel mit Sicherheit auch schon festgestellt haben: So einen verregneten Sommer (trockenen Sommer, warmen Winter) gab es in meiner Kindheit nicht. Trotzdem stellt er wieder nur die wirtschaftlichen Interessen weniger Energieriesen in den Vordergrund. Hat er noch nichts davon gehört, dass Deutschland in Sachen erneuerbarer Energiegewinnung weltweit zu den Vorreitern gehört?

Backhaus sieht Bioenergie in MV 2020 bei Anteil von 24 Prozent

Rostock (dpa) Mecklenburg-Vorpommern will nach Worten von Agrarminister Till Backhaus (SPD) bis zum Jahr 2020 rund 24 Prozent seines Primärenergieverbrauchs aus Bioenergie bestreiten. Derzeit seien es rund 10 Prozent. 150 landwirtschaftliche Unternehmen hätten heute Biogasanlagen mit einer Leistung von zusammen rund 75 Megawatt installiert, sagte Backhaus gestern in Rostock. Damit decke Biogas etwas mehr als ein Prozent des Energieverbrauchs.

....wenn Frau Merkel das meint was sie sagt, müßte sie eigentlich das Kohlekraftwerk ablehnen...Gruß
Marita

Betr. :

Kongreß der CDU Hanau/Grundsatzprogramm u.a. Klimaveränderung,

Herausforderung für die Politik

Die Union sei bereit Lösungen zu finden..

Bundeskanzlerin Merkel:

" Aber eigentlich haben wir Christdemokraten doch dafür ein sehr schönes, schönes Wort!

Das heißt "*Bewahrung der Schöpfung*" und aus diesem Gedankengang heraus ist z.B. Klimaschutz oder sorgfältiger Umgang mit Recourcen eine *zutiefst moralische Verpflichtung!*

Kraftwerk in Lubmin spaltet die SPD

SPD-Vizechef Gottfried Timm lehnt den geplanten Kohlemeiler strikt ab – und heizt damit die Stimmung in seiner Partei an.

Von JÖRG KÖPKE

Schwerin (OZ) Bei den Sozialdemokraten ist Streit um das geplante Kohlekraftwerk Lubmin entbrannt. Anlass sind Äußerungen von SPD-Vizelandeschef Gottfried Timm. Der Umweltpolizist erklärte der OZ, Mecklenburg-Vorpommern brauche eine deutliche Kehrtwende in der Energiepolitik. Das Land müsse weg von fossilen Brennstoffen, zu denen auch die Kohle zähle.

Pikant: Timm steht einer Arbeitsgruppe vor, die die Haltung der Landes-SPD zu Lubmin formulieren soll. Er kritisiert nun, die Energieeffizienz des geplanten Kohlemeilers liege deutlich unter 50 Prozent. „Von zwei Schiffsladungen Kohle würde eine dafür verwendet, Strom zu erzeugen. Die andere würde den Boden aufheizen – mit verheerenden ökologischen Folgen.“ Lubmin konterkariere die klimapolitischen Ziele Europas, so Timm weiter. Unterstützung erhält der ehemalige Innenminister von weiten Teilen der Partei-Basis. Die äußert insbesondere Kritik an der Haltung von Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD), der das Kraftwerk vehement befürwortet. „Die überwältigende Mehrheit der SPD ist gegen Lubmin. Es wäre für Ringstorff schädlich, sich auf Dauer gegen seine Partei zu stellen“, erklärte Eduard Beischall vom Ortsverband Usedom. Beischall ist seit über 50 Jahren SPD-Mitglied.

Bei den SPD-Kabinettsmitgliedern löste das klare Bekenntnis Timms gegen den Bau des Kohlekraftwerks Irritationen aus. Umweltminister Till Backhaus erklärte, er werde erst in Greifswald Stellung beziehen. Dort diskutieren am Sonntag neben Backhaus unter anderem Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und SPD-Landeschef Erwin Sellering über „Energiepolitik und Klimawandel“. Moderation: Gottfried Timm. Mit Blick auf Lubmin sagte Sellering, es werde am Ende abzuwägen sein „zwischen den offensichtlichen Vorteilen – Rieseninvestition und Schaffung von Arbeitsplätzen – und den befürchteten Nachteilen für die Umwelt und für den guten Ruf als Tourismusland und Gesundheitsland Nummer eins“. Der dänische Stromkonzern Dong Energy will 2008 mit dem Bau von zwei 800-Megawatt-Blöcken beginnen. Investitionsvolumen: 1,5 Milliarden Euro. Das Kraftwerk soll pro Jahr 3,6 Millionen Tonnen Kohle verfeuern. Nach Angaben der Befürworter schafft das geplante Kraftwerk 140 neue Jobs. Auf der Großbaustelle sollen bis zu 1000 Arbeiter beschäftigt sein.

SPD-Vizechef Gottfried Timm

OSTSEE-ZEITUNG

Mittwoch, 05. September 2007 | Aus der Nachbarschaft

Solon baut Produktion aus

Die Solon Nord GmbH will ihre Produktion ab 2008 nahezu verdoppeln. Dazu entsteht am Standort eine neue Fertigungshalle.

Greifswald Die Solon Nord GmbH, vor drei Jahren in der Siemensallee mit der Produktion von Solarmodulen zur Stromerzeugung gestartet, schreibt weiter an ihrer Erfolgsgeschichte. „Wir haben gerade das 500 000. Modul gefertigt“, sagt Geschäftsführer Andreas Koebernik stolz und rechnet schon jetzt mit einem sehr guten Ergebnis für 2007. Betrug die Gesamtkapazität der Produktion im ersten Jahr noch 15 Megawatt, „rechnen wir jetzt mit 55 Megawatt“, so Mirko Jonas, Kaufmännischer Leiter des Unternehmens. Doch damit befindet sich die Solon GmbH längst nicht am Ende der Fahnenstange.

Die Kapazität der neuen Fertigungshalle - mit 3500 Quadratmetern etwa doppelt so groß wie die jetzige - beziffert der Geschäftsführer mit rund 100 Megawatt. „Wir hoffen, diese Zahl im Laufe der nächsten zwei Jahre zu erreichen“, blickt Andreas Koebernik voraus.

Vor acht Monaten übernahm der 44-Jährige die Leitung des Greifswalder Standortes, einer von sechs der weltweit agierenden Solon AG. Mit guten Zukunftsaussichten. Denn die bestehende Kooperation mit dem Siemens-Fertigungsnachfolger ml&s verhieß für beide Wachstum. ml&s als Produktionsdienstleister stellt mit der Halle die Infrastruktur, zum Teil auch die Mitarbeiter für Solon. „Das behalten wir in der neuen Halle, die wir im Februar 2008 in Betrieb nehmen, weiter bei“, berichtet Mirko Jonas. Das Partnerunternehmen tritt als Bauherr auf, organisiert die Produktion, während Solon die Ausrüstung stellt. 4,5 Millionen Euro sollen in den Maschinenpark investiert werden. „Unser Equipment ist zwar erst ein paar Jahre alt“, räumt Mirko Jonas ein, „doch in der Branche ist eine Erneuerung alle drei bis fünf Jahre erforderlich.“ Sechs Fertigungslinien wird es im neuen Domizil geben. So viele wie bislang auch. „Doch am Produktionsablauf wird sich einiges ändern“, kündigt Mirko Jonas an. Dabei, so der 31-Jährige, sei noch nicht abzusehen, wie stark am Ende die Automatisierung aussieht. Auf jeden Fall werde die Handarbeit weiter zurück gefahren - was keinen Stellenabbau zur Folge habe. Im Gegenteil. „Wir werden die Mitarbeiterzahl deutlich erhöhen“, versicherte Koebernik, ohne Zahlen zu nennen. Auch künftig setzt sich das Team aus eigenen Kräften, ml&s-Mitarbeitern und Personal von Zeitarbeitsfirmen zusammen. Gemeinsam fertigen sie Solarmodule und -anlagen für Kunden auf dem ganzen Erdball. Im Kommen sind Projektgeschäfte, wie das in Spanien. „Dort entsteht der weltweit größte Energiepark, wir sind

zu 40 Prozent daran beteiligt“, freut sich Koebernik.

PETRA HASE

Donnerstag, 06. September 2007 | Lokalsport

ZV „Lubminer Heide“ beschloss Vorentwurf

Lubminer Heide Noch einmal abschließend beraten und beschlossen wurde unlängst auf einer außerordentlichen Sitzung des Zweckverbandes „Lubminer Heide“ der Vorentwurf der 3. Satzungsänderung für den Bebauungsplan Nr.1.

Dieser beinhaltet im Kern einen Antrag zum möglichen Bau des umstrittenen Steinkohlekraftwerkes. Dabei geht es um Höhenänderungen. Wie Verbandsvorsteher Wolfgang Woy dazu erklärte, sei die Sitzung von den drei Vertretern der Gemeinde Lubmin beantragt worden, die um eine nochmalige Beratung baten.

Während der Sitzung wurden u.a. Differenzen aus dem Weg geräumt. So wurde die Behauptung, eine Flurstücksliste würde insgesamt 63 Fehler enthalten, entkräftet. Abschließend wurde der Beschluss zum Vorentwurf zur 3.

Satzungsänderung des B-Planes Nr. 1 mit fünf Ja-, zwei Neinstimmen und eine Stimmenthaltung verabschiedet. ST. BR.

<http://www.mvregio.de/show/55364.html>

Kraftwerksbau Lubmin - sachliche Entscheidung, statt Parteienstreit!

05.09.2007: Schwerin/MVregio Sigrun Reese (Foto), umweltpolitische Sprecherin und stellv. Vorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, erklärt zum SPD-Streit über die Lubminer Kraftwerkspläne:

"Seriöse Politik, die Menschen mitnimmt und die Wirtschaft fördert sieht anders aus. Mit Ihrem Parteiengetzänk verschreckt die SPD Investoren und verunsichert die betroffenen Anwohner in Lubmin.

Meine Fraktion hat bereits vor Monaten klargemacht, dass dem Investor ein Bau nicht mehr verwehrt werden kann, wenn alle planungsrechtlichen Auflagen erfüllt sind und damit eine gesicherte Rechtsposition vorliegt. Ob diese Position bereits erreicht ist, darüber gibt es bis heute unterschiedliche Sichtweisen, da die Einreichung der Unterlagen bis dato nicht abgeschlossen ist.

Bereits im Mai hat der Landtag beschlossen, dass sich der Wirtschafts- und der Umweltausschuss mit dem Thema befassen sollen. Meine Fraktion erwartet, dass dies im Rahmen eines Termins vor Ort stattfindet. Auf die Beratung durch die Ausschüsse warten wir bis heute.

Vor diesem Termin sollte sich die SPD mit öffentlichem Tauziehen zurückhalten. Dies bringt keinen weiter und weckt höchstens Erwartungen, die dann nicht erfüllt werden können."

MVregio Landesdienst mv/sn

<http://www.mvregio.de/show/55381.html>

Koalitionsvertrag ist maßgebend für Ausbau des Energiestandorts Lubmin - SPD darf nicht abrücken

05.09.2007: Schwerin/MVregio Der Wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Wolfgang Waldmüller (Foto), hat die SPD gemahnt, den im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ausbau des Energiestandortes Lubmin nicht durch die Hintertür in Frage zu stellen.

"Mecklenburg-Vorpommern ist auf dem Weg zu einem wichtigen Stromexportland. Schon 2006 wurde mit 7,2 Mio. MWh deutlich mehr Strom erzeugt, als mit 6,6 Mio. MWh verbraucht wurde. Die zunehmende Einspeisung von Strom aus regenerativen Energiequellen und der im Koalitionsvertrag vereinbarte Ausbau der Kapazität am Energie- und Industriestandort Lubmin wird die Stromerzeugung weiter steigern und die Wertschöpfung im Land positiv erhöhen. Schon heute ist Mecklenburg-Vorpommern durch den hohen Anteil regenerativ erzeugter Energie der Vorreiter für eine nachhaltige Klimaschutzpolitik in Deutschland. Da mittelfristig - auch vor dem Hintergrund des auf Bundesebene beschlossenen Ausstiegs aus der Kernkraft - kein Verzicht auf konventionelle Energie möglich ist, kommt der Steigerung der Energieeffizienz und der Modernisierung des konventionellen Kraftwerksparks in Deutschland eine hohe Bedeutung zu. Mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Unterstützung für den Bau neuer, effizienter Gas- und Kohlekraftwerke am Standort Lubmin leistet Mecklenburg-Vorpommern einen wichtigen Beitrag zu einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltfreundlichen Energieversorgung für Bevölkerung und Wirtschaft.

Ich erwarte, dass die SPD den vereinbarten Ausbau des Energiestandortes Lubmin nicht hintertreibt und Bundesumweltmini Diskussionsveranstaltung des SPD-Regionalverbandes am Sonntag in Greifswald den Bau eines der modernsten Steinkohlel Milliarden Euro größte Einzelinvestition wird auch einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung in Vorpommern leisten. MVregio Landesdienst mv/sn

OSTSEE-ZEITUNG

Donnerstag, 06. September 2007 | Titelseite

Workshop zum Steinkohle-Kraftwerk

Binz Rügens Touristiker können heute ihre Standpunkte zum geplanten Steinkohle-Kraftwerk in Lubmin darlegen. Der Tourismusverband unserer Insel hat gemeinsam mit dem Usedomer Verband zu dem Projekt des dänischen Konzerns Dong-Energy nicht nur ein Gutachten in Auftrag gegeben, sondern auch einen Workshop organisiert. In zwei Veranstaltungen unterteilt, sind die Insulaner heute um 18 Uhr ins Binzer Hotel Arkona eingeladen, um ihre Stellungnahmen zu dem umstrittenen Vorhaben abzugeben. Diese Standpunkte sollen mit ins Gutachten einfließen, für das mögliche Auswirkungen des geplanten Kraftwerks auf Umwelt und Tourismuswirtschaft untersucht werden. In einer zweiten Veranstaltung am 28. des Monats sollen an gleicher Stelle dann bereits erste Ergebnisse präsentiert werden.

OSTSEE-ZEITUNG

Donnerstag, 06. September 2007 | Lokalsport

Natur wiegt Nachteile der Insel auf

Natur und Schönheit der Insel machen in Sachen Lebensqualität offenbar viele Nachteile der Insel wett, ist das Ergebnis einer Studie.

Bergen Die Insel Rügen hat die höchste Lebensqualität aller ostdeutschen Landkreise. Das ist das Ergebnis einer Studie, die Professor Dr. Thiess Büttner und sein Kollege Alexander Ebertz vom Münchner ifo-Institut erarbeitet haben.

OSTSEE-ZEITUNG: Professor Büttner, wie beurteilt man Lebensqualität?

Dr. Thiess Büttner: Da gibt es sicherlich verschiedene Methoden und jeder setzt für sich persönlich die Prioritäten selbst. Die meisten Studien arbeiten mit mehr oder weniger willkürlichen Bewertungen. Wir haben auf eine Methode zurückgegriffen, die in Deutschland noch nicht angewandt wurde. Dabei werden verschiedene Indikatoren gesammelt und anhand von Informationen bewertet, die wir aus dem Immobilienmarkt gewinnen.

OZ: Also je höher der Immobilienpreis umso höher die Lebensqualität?

Dr. Büttner: Nein, anders: Es werden die Immobilienpreise ausgewertet, um herauszufinden, welchen Wert die Käufer der Lage eines Grundstücks zumessen. Wobei die Lage jeweils mit zahlreichen Annehmlichkeiten und Unannehmlichkeiten verbunden ist.

OZ: Das klingt ein bisschen ungewöhnlich. Haben Sie dafür ein Beispiel parat?

Dr. Büttner: Nehmen wir mal die Sonnenscheindauer, einen der Indikatoren, die wir in die Ermittlung der Lebensqualität einbezogen haben. Wir wissen, dass die Leute bei der Wahl ihres Wohnsitzes oder dem Kauf einer Immobilie klimatische Bedingungen berücksichtigen, ein sonniges Grundstück einem schattigen vorziehen und eine sonnige Gegend eher schätzen als vielleicht das Mittelgebirge, wo es öfter neblig ist. Das schlägt sich auch in den Immobilienpreisen nieder. Der Preisunterschied kann dann als Maß dafür genutzt werden, welchen Wert die Menschen dem Sonnenschein beimessen. Mit diesem Ansatz haben wir nicht nur die Sonnenscheindauer, sondern auch andere regionale Faktoren wie Bildungsmöglichkeiten, Arbeitsmarkt, Jobchancen, Wasser- und Waldfläche oder die Nähe zur Großstadt anhand der Zahlungsbereitschaft der Grundstückskäufer bewertet. Daraus ergibt sich für jeden Kreis eine Indexzahl. Je höher die ist, umso mehr schätzen die Menschen offenbar die Annehmlichkeiten der Region.

OZ: Was schätzen die Menschen nach Ihrer Studie denn an Rügen?

Dr. Büttner: **Die Vorteile der Insel sind die geringen Emissionen**, die geringe Kriminalität, die erwähnte hohe Sonnenscheindauer, der Tourismus – da, wo man Urlaub macht, wollen viele Leute auch gern leben – , aber auch der Arbeitsmarkt.

OZ: Der sieht doch nun auf Rügen nicht gerade rosig aus.

Dr. Büttner: Aber scheinbar ist es im Verhältnis gesehen doch noch besser als in vielen anderen ostdeutschen Kreisen. Uns hat das auch überrascht. Wir hätten angenommen, dass der Arbeitsmarkt in der Gewichtung stärker in den Vordergrund tritt. Vielleicht bekommen die Menschen ja durch den Tourismus auf Rügen schneller wieder einen Arbeitsplatz als anderswo. Aber das ist nichts, was man aus der Studie entnehmen kann, sondern nur eine Vermutung.

OZ: Gab es für Sie und Ihren Kollegen noch andere Überraschungen?

Dr. Büttner: Ja. Die relativ große Bedeutung der natürlichen Bedingungen und der Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten gegenüber der Arbeitsmarktproblematik zum Beispiel. Oder auch, dass die regionalen Bildungsmöglichkeiten für die Lebensqualität offenbar viel weniger ins Gewicht fallen als man gemeinhin annehmen würde.

OZ: Rügen liegt am Rande Deutschlands und hat außer Natur und Tourismus nicht allzuviel zu bieten, scheint es. Und dennoch ist die Insel in Sachen Lebensqualität so weit vorn?

Dr. Büttner: Trotz der Entfernung zu den Zentren und der Verkehrsanbindung **schlagen unterm Strich doch die Natur, die Schönheit** und die Freizeitmöglichkeiten durch. Diese Annehmlichkeiten sind auch ein Standortfaktor für die Region.

Interview: MAIK TRETTIN

Freitag, 07. September 2007 | Aus der Nachbarschaft

Unternehmer fordern Sachdialog zum Kraftwerk

Greifswald „Der sich zuspitzende Streit ums geplante Kohlekraftwerk Lubmin sollte umgehend einer vernünftigen medialen Argumentation weichen“, fordert der Unternehmerverband Vorpommern. Die vor allem vom BUND vorgetragenen Kontras seien einseitig und volkswirtschaftlich nicht nachvollziehbar, heißt es in einer Pressemitteilung. Der Unternehmerverband Vorpommern fordert bei aller Negativdiskussion, dass die wirtschaftliche Stärkung der Region nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Lubmin sei ausgewiesener Wirtschaftsstandort mit sehr guter Infrastruktur und vorhandener Hochspannungsschaltanlage, so Verbandspräsident Gerold Jürgens. Sonntag wollen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, Landwirtschafts- und Umweltminister Till Backhaus, Regine Günther vom WWF Deutschland sowie Peter Gedbjerg, Projektleiter und Geschäftsführer von Dong Energy, im Mercure-Hotel (11 Uhr) in öffentlicher Diskussion zu allen Fragen Stellung beziehen. Moderator ist Vize-SPD-Landesvorsitzenden Gottfried Timm. Der hat nun erklärt, er sei gegen das Kraftwerk, obwohl Ministerpräsident Harald Ringstorff immer wieder betont hatte, dass er das Vorhaben vorbehaltlos unterstützt. Ringstorff weilt zurzeit mit einer Wirtschaftsdelegation in Vietnam und wird bei der Diskussion nicht anwesend sein.

R.A.

OSTSEE-ZEITUNG

Freitag, 07. September 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Lubmin: Kommt Bio-Kraftwerk statt Kohlemeiler?

Lubmin/Schwerin (OZ/köp) Im Streit um das bei Lubmin geplante Kohlekraftwerk hat der Bürgermeister der Gemeinde, Klaus Kühnemann (Wählergemeinschaft), jetzt eine Alternative ins Spiel gebracht. Wie Kühnemann der OZ sagte, gebe es die Anfrage des Münchener Investors Machinery General 2000 (MGH), der ein Biomasse-Kraftwerk in der Lubminer Heide errichten möchte.

Das zu einer spanischen Gruppe gehörende Unternehmen wolle ein Verbund-Konzept von Energieerzeugung und Nahrungsmittelproduktion umsetzen und dafür 50 Millionen Euro investieren. Das Biomassekraftwerk soll vorrangig Energie zum Betrieb von ebenfalls geplanten Gewächshausanlagen liefern. Wie Armin Warneke, Geschäftsführer von MGH in München, der OZ erklärte, will das Unternehmen bis zu 250 Arbeitsplätze und damit 90 mehr als der dänische Investor Dong Energy schaffen, der für sein Steinkohle-Kraftwerk 1,5 Milliarden Euro investieren möchte. Ein solches Kraftwerk ist jedoch umstritten, da unter anderem Schäden für die Umwelt und Nachteile für die Tourismuswirtschaft befürchtet werden.

Kühnemann forderte die Parteien im Land auf, die Belange der ortsansässigen Bevölkerung zu beachten. Rund 80 Prozent der Einwohner hätten sich im April gegen den Bau des Steinkohle-Kraftwerks ausgesprochen, so Kühnemann. Die Parteien dürften dieses Votum nicht einfach ignorieren. Die Gemeinde favorisiere ein regionales Energiezentrum, das auf einen Mix aus regenerativen und fossilen Brennstoffen setze.

Unterdessen will sich die Regierungspartei SPD von ihrem Koalitionspartner CDU wegen des umstrittenen Kraftwerks nicht unter Druck setzen lassen. Ein einfaches Ja oder Nein könne es bei dem sensiblen Thema nicht geben, sagte SPD-Landesvorsitzender Erwin SELLERING. „Wir müssen sehr sorgfältig die offensichtlichen Vorteile – enorme Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen – gegen die befürchteten Nachteile für die Umwelt und für den guten Ruf als Tourismusland und als Gesundheitsland abwägen“, erklärte SELLERING.

Während Regierungspartner CDU das Projekt befürwortet, ist in der SPD ein Streit über den Bau des Steinkohle-Kraftwerks entbrannt. Jüngst hatte sich Landesvize Gottfried Timm vehement dagegen ausgesprochen. Am Sonntag wird Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) in Greifswald zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Klimawandel und Energiepolitik“ erwartet.

OSTSEE-ZEITUNG

Freitag, 07. September 2007 | Ostvorpommern

Produktionsstätten werden Mittwoch feierlich eingeweiht

Lubminer Heide Im Beisein zweier Minister werden am kommenden Mittwoch zwei neue Produktionsstätten am Standort Lubminer Heide offiziell und feierlich in Betrieb genommen. Neben den Geschäftsführern der neu angesiedelten Unternehmen Modul- und Anlagenbau Lubmin GmbH (MAB), Horst Diethert, der Liebherr-MCCtec Rostock GmbH, Thomas Müller, und Detlef Krebs vom Lubminer Korrosionsschutz GmbH, werden Landes-Wirtschaftsminister Jürgen Seidel und Landes-Bauminister Otto Ebnet eine Ansprache halten. Die Veranstaltung findet in einer der neuen Korrosionsschutzhallen statt.

OSTSEE-ZEITUNG

Donnerstag, 06. September 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Kraftwerk Lubmin: CDU pocht auf Koalitionsvertrag

Während die SPD vor einer Zerreißprobe steht, pocht die Union auf Einhaltung des Koalitionsvertrages. Das geplante Kohlekraftwerk am Bodden wird zunehmend zum Politikum.

Schwerin (OZ) Der SPD-interne Streit um das geplante Kohlekraftwerk Lubmin hat jetzt auch den Koalitionspartner CDU auf den Plan gerufen. Wirtschaftsexperte Wolfgang Waldmüller von der Union ermahnte die Sozialdemokraten, „den im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ausbau des Energiestandortes Lubmin nicht durch die Hintertür in Frage zu stellen“. Waldmüller sagte, er erwarte, dass die SPD die gemeinsamen Vereinbarungen „nicht hintertreibt“.

Auslöser der Koalitionsreibereien sind Äußerungen von SPD-Vizelandeschef Gottfried Timm. Der Ex-Innenminister hatte am Dienstag der OZ erklärt, er lehne den Bau des Kohlemeilers aus ökologischen Gründen strikt ab. Während weite Teile der Partei-Basis Timm in seiner ablehnenden Haltung unterstützen, steht die SPD-geführte Landesregierung, allen voran Ministerpräsident Harald Ringstorff, ohne Wenn und Aber hinter der 1,5-Milliarden-Euro-Investition des dänischen Stromkonzerns Dong Energy.

Waldmüller betonte, MV leiste mit seiner Unterstützung für den Bau neuer, effizienter Gas- und Kohlekraftwerke am Standort Lubmin einen wichtigen Beitrag zu einer sicheren, preisgünstigen und umweltfreundlichen Energieversorgung.

Auch die Liberalen forderten die SPD auf, endlich eine klare Position zu beziehen. Mit ihrem Parteiengezänk verschrecke die SPD Investoren und verunsichere die betroffenen Anwohner in Lubmin, sagte die umweltpolitische Sprecherin der FDP, Sigrun Reese. Reese hob hervor, dem Investor könne ein Bau nicht mehr verwehrt werden, wenn alle planungsrechtlichen Auflagen erfüllt seien. Bereits im Mai habe der Landtag beschlossen, der Umwelt- und der Wirtschaftsausschuss mögen sich vor Ort ein Bild machen.

Wie schwer sich die Genossen zurzeit intern im Streit um Lubmin tun, belegt eine Aussage des Wirtschaftsausschussvorsitzenden Jochen Schulte. Das Thema sei „zu brisant, um sich zu diesem Zeitpunkt dazu zu äußern“, sagte Schulte auf OZ-Anfrage.

Der energiepolitische Sprecher der Linken, Helmut Holter, bekräftigte dagegen erneut das klare Nein seiner Fraktion zum Bau des Kohlemeilers. Angesichts der wachsenden Widerstände solle der „klimapolitische Wahnsinn nicht realisiert werden“, sagte Holter. Das ganze Vorhaben sei umwelt-, klima- und wirtschaftspolitisch nicht zu verantworten.

Am Sonntag diskutiert Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) auf Einladung des SPD-Regionalverbands in Greifswald über den Bau des Kohlekraftwerks Lubmin.

JÖRG KÖPKE

Bericht Süddeutsche Zeitung am 5.Sept.2007 (abgeschrieben, weil ich ihn interessant fand----
Marita Kunze)

Wandelungen in der Mark Brandenburg

Ein Atomkraftwerk heizte den Stechlinsee auf - nun steht das Gewässer Modell für die Folgen globaler Erwärmung

Es ist eine Postkartenlandschaft. **Der Stechlinsee im Norden Brandenburgs** liegt tief im Wald. Die 16 Kilometer lange Uferlinie ist von alten Bäumen gesäumt. Das Wasser des in der letzten Eiszeit vor 10.000

Jahren entstandenen Sees ist so klar und sauber, dass man auch an tieferen Stellen noch den Grund sehen kann.

Kranich, Fischotter, Sumpfschildkröte, See- und Fischadler leben hier. Am Ufer blühen Sonnentau und Enzian.

Wäre nicht das Kernkraftwerk Rheinsberg gewesen, der See wäre eine intakte Idylle.

Etwa 300.000 Kubikmeter Wasser pumpt das Kraftwerk von 1966 bis 1988 Tag für Tag aus dem und wieder in den See. Wenn das Wasser die Kühltürme verließ, war es zehn Grad wärmer als zuvor. Das Oberflächenwasser des Sees wurde dadurch im Schnitt um ein Grad wärmer. Die Auswirkungen auf das Ökosystem des Sees und seine physikalische Struktur konnten Forscher über Jahrzehnte messen und auswerten. Die Ergebnisse liefern Hinweise darauf, wie sich eine Erwärmung von Gewässern durch den Klimawandel auswirken könnte.

Wissenschaftler des Leibniz-Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei in Stechlin und deren Vorgänger in der damaligen DDR begannen bereits vor der Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes mit Untersuchungen. Mit einer Tiefe von 70 Metern gehört der 4,25 Quadratkilometer große See zu den tiefsten und zugleich saubersten Gewässern Deutschlands. Im Uferbereich gibt es bis heute keine Landwirtschaft, die mit organischem Dünger oder Chemikalien für eine Verschmutzung sorgen könnte. Keine Ortschaft leitet Abwässer ein - blieb also das Kraftwerk.

Dessen Einleitung führten zunächst zu einer erhöhten Produktivität von Algen und Kleinorganismen. "Sie wuchsen vermehrt und schneller", sagt der Biochemiker Peter Casper vom Leibniz-Institut. Nach Beendigung der Einleitung reduzierte sich der Algenwuchs erst wieder mit deutlicher Verzögerung. Die Veränderungen des Wasser-, Wärme- und Stoffhaushaltes und der biologischen Struktur des Sees halten aber bis heute an.

"Der See ist trotz des starken Algenwachstums nie umgekippt oder in die Gefahr der Übersättigung geraten", sagt Casper. Das liege aber daran, dass der See zuvor so außergewöhnlich sauber war. Ein bereits leicht verschmutztes Gewässer hätte diese Veränderung wohl nicht verkraftet. Übertragen auf mögliche Temperaturanstiege anderer stehender Gewässer durch eine globale Erwärmung würde dies bedeuten, dass viele Seen in wenigen Jahrzehnten umkippen könnten. "Unsere Ergebnisse sind bei dem weltweit zu erkennenden Trend eines Global Warming von besonderer Aktualität!", sagt der Biologe und Institutschef Rainer Koschel - zumal es keine andere Untersuchung weltweit gibt, die eine Entwicklung über einen derart langen Zeitraum auswerten kann.

Die deutlichste Folge der Erwärmung des Sees nennen die Forscher "Entkopplung von Nahrungsmechanismen". Nicht alle Organismen im See reagieren im selben Tempo auf die Veränderungen. Während sich Algen und Mikroorganismen besonders schnell vermehren, kann die Population größerer Tiere wie Fische, die sich von diesen ernähren, nicht Schritt halten. "Das führt dazu, dass die Algen, wenn die Fische die als Futter brauchen, schon verblüht oder ganz abgestorben sind", sagt Casper. Dies könne ganze Tierbestände bedrohen, die ihrerseits anderen als Nahrung dienen.

Forellen mit Nierenschäden

Vergleichbare Szenarien hatten Wissenschaftler im Meer beobachtet. Das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven stellte bei Untersuchungen in der Nordsee fest, dass sich wegen des wärmeren Wassers in den vergangenen Jahren die Blütezeit der Kieselalge so weit verschoben hat, dass ein wichtiger Grundstein der Nahrungskette im Meer nun nicht mehr zu der Zeit zur Verfügung steht, zu der viele Tiere ihn brauchen. Ein Viertel der pflanzlichen Biomasse auf der Erde besteht aus Kieselalgen - ganze Fischbestände hängen davon ab.

Eine weitere Konsequenz der Erwärmung des Oberflächenwassers ist die mangelnde Durchmischung der Wassermassen. Schon unter normalen Umständen ist das warme Wasser oben, das kalte unten. Steigt die Temperatur des warmen Wassers zusätzlich, vermischen sich die Wasserschichten noch weniger - der ohnehin niedrige Sauerstoffgehalt des Tiefenwassers würde weiter absinken, und Lebewesen könnten dort kaum noch existieren.

Darüber hinaus nimmt die Verdunstung durch die gestiegene Oberflächentemperatur zu. Bei der enormen Tiefe des Stechlinsees ist dies zunächst unbedenklich. Doch das Phänomen sorgte bei flacheren Seen im Norden Kanadas für Aufsehen. Wie Forscher der Queens University in Kingston, Kanada, herausfanden, trockneten im Sommer 2006 mehrere Seen am Kap Herschel auf Ellesmere Island völlig aus. Seit die Wissenschaftler 1982 mit der Erforschung der dortigen Gewässer begannen, war es das erste Mal, dass die jahrtausendealten Seen austrockneten. Drastisch sind die Folgen für Gewässer, die ohnehin nur zeitweise mit Wasser gefüllt sind. Forscher des Naturhistorischen Museums Wien wiesen in diesem Jahr auf einige Amphibienarten wie Unken hin, die in Pfützen und Reifenspurrinnen laichen. Fallen diese trocken, können sich die Tiere nicht mehr vermehren und drohen auszusterben.

Auch bei manchen Fischarten lassen sich die Folgen zunehmend wärmerer Gewässer beobachten. Einige Arten reagieren auf einen Temperaturanstieg in ihrem Biotop sehr empfindlich. Barben etwa benötigen eine Wassertemperatur von 18-20 Grad Celsius, um zu laichen. Erwärmt sich das Gewässer allerdings auf 22 Grad, sterben ihre Eier ab. Schon im vergangenen Jahr mit den hohen Temperaturen im

Sommer waren Deutschlands Flüsse so warm wie seit 25 Jahren nicht mehr - abgesehen vom Rekordsommer 2003. Als Folge sanken bei mehreren Fischarten die Aktivität und das Fressverhalten. Arten wie die Bachforelle brauchen niedrige Temperaturen. Wegen des Klimawandels werden aber ihre Ökosysteme wärmer. In der Schweiz stieg die Temperatur in von Forellen besiedelten Fließgewässern binnen 25 Jahren um ein Grad Celsius. Deshalb wandern Forellen in Gebirgsregionen in höher gelegene Bereiche der Flüsse. Die aber werden normalerweise von anderen Arten besiedelt, und so geraten die komplizierten Nahrungsnetze durcheinander.

Zudem vermehren sich in dem wärmeren Wasser Parasiten ungehemmt, die die Nieren der Forellen zerstören.

Auch vergleichsweise winzige Organismen sind von der Erwärmung der Binnengewässer betroffen. So konnte das Leibniz-Institut im Frühjahr tropische Blaualgen in mehreren norddeutschen Seen nachweisen, die nur als Folge anhaltender Erwärmung dort überhaupt überlebensfähig sind. Problematisch können Blaualgen in großer Zahl insbesondere an Badeseen werden, weil sie für eine bakteriologische Belastung sorgen.

Am Stechlinsee müssten heute, 17 Jahre nachdem das Kraftwerk abgeschaltet wurde, die Folgen der Wassereinleitung eigentlich nachlassen. "Doch wahrscheinlich passiert das nicht mehr", sagt Peter Casper. Inzwischen beobachten die Forscher durch einen Anstieg der Lufttemperatur wieder ähnliche Veränderungen wie früher, als das Atomkraftwerk den See aufheizte.

Robert Lücke

<http://www.mvregio.de/show/55550.html>

Erneut Bildungsgang zur Nutzung erneuerbarer Energien an der Fachschule für Agrarwirtschaft geplant
06.09.2007: Güstrow/MVregio "Die Nutzung erneuerbarer Energien, vor allem der Bioenergie, bietet Chancen für den ländlichen Raum", sagte heute der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Till Backhaus. Mecklenburg-Vorpommern entwickle sich mehr und mehr zu einem echten (Bio)Energeland. Jetzt gelte es, die Potenziale, die sich für den Landwirt ergeben, zu nutzen. "Mit dem neuen Bildungsgang "Geprüfte Fachagrarwirtin bzw. Geprüfter Fachagrarwirt Erneuerbare Energien - Biomasse" bereiten wir Landwirte auf diese neuen Betriebszweige gezielt vor", so der Minister.

Nachdem der erste Jahrgang die Fortbildung erfolgreich abgeschlossen hat, plant die Fachschule für Agrarwirtschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern "Johann Heinrich von Thünen" in Güstrow-Bockhorst im Herbst eine Neuauflage dieser Weiterbildung. Die Teilnehmer erhalten einen Überblick zur Bedeutung regenerativer Energieträger und erwerben Kenntnisse zu deren Nutzung. Die energetische Verwertung der Biomasse für Wärme und Strom oder als Biokraftstoff steht dabei im Mittelpunkt der Ausbildung. Ergänzt wird sie durch Wirtschaftlichkeitsberechnungen, aktuelle politische Rahmenbedingungen und rechtliche Grundlagen.

Die Organisation und Durchführung des Bildungsgangs "Geprüfte/r Fachagrarwirt/in Erneuerbare Energien - Biomasse" erfolgt durch die Fachschule für Agrarwirtschaft in Zusammenarbeit mit Spezialisten aus Wissenschaft und Praxis, der Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe, der Arbeitsgruppe "Biogene Kraftstoffe" sowie der Landesforschungsanstalt, der Landwirtschaftsberatung Mecklenburg-Vorpommern, Ingenieurbüros, Herstellern und Unternehmern.

Interessierte können sich für den am 1. November 2007 beginnenden Kurs bei der Fachschule für Agrarwirtschaft anmelden. Fragen zu Einzelheiten können telefonisch mit Frau Dr. Spangenberg (03843/264301) und Frau Wurz (03843/264234) besprochen werden. Weitere Informationen sind im Internet unter www.bockhorst.de veröffentlicht.
MVregio Güstrow red/güs

Wochenendausgabe, 08. September 2007 | Ostvorpommern

Kraftwerk: BUND will klagen

Lubmin Beim unlängst durchgeführten Aktionstag der BI „Zukunft Lubminer Heide“ hat der BUND energisch gegen den geplanten Bau des Steinkohlekraftwerkes protestiert und klargestellt, dass er den Klageweg gehen werde. Arndt Müller, Biologe und Naturschutzreferent des BUND erklärte u.a.: „Schon jetzt können die in MV erzeugten Strommengen zum Beispiel aus Windkraftanlagen nicht im eigenen Land verbraucht werden und sollen über neu gebaute Hochspannungsleitungen in die Industriezentren Deutschlands transportiert werden. Warum nutzt die Landesregierung nicht die Chance und profiliert MV neben dem Tourismus- und Gesundheitsland als Stromexportland unter Nutzung von 100 Prozent Erneuerbarer Energien?“, fragt Müller. Schließlich lege der Anteil der regenerativen Energieerzeugung in MV bereits bei 24 Prozent.

Der Naturschützer appelliert an Verbände und demokratische Oppositionsparteien und schlägt vor, dass sich die klima-, energie- und umweltpolitische Opposition im Land an einen Tisch setzen sollte, um gemeinsam an Alternativkonzepten zu arbeiten, die dem Land möglichst schnell eine Richtung für eine nachhaltige Energieversorgung vorgibt.

Als größten Widersacher im Konflikt um die künftige Entwicklung der Region glaubt Müller, dass dies die Landesregierung selbst sei. „Sie unterstützt weiterhin die Idee eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin und will

offensichtlich alle Probleme des Landes an einem Standort lösen, missachtet dabei jedoch die Interessen der Menschen vor Ort. Die Landesregierung hat die Pflicht, diese Stimmen im Interesse der Gesundheit, der Wirtschaft und der Umwelt ernst zu nehmen“, so der BUND-Mann.

Nach Auskünften des Wirtschaftsministeriums gehen derzeit die Genehmigungsunterlagen beim Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Stralsund ein, das für das Verfahren verantwortlich ist. Für den November 2007 wird die öffentliche Auslegung der Pläne erwartet, die dann von den Bürgern begutachtet und mit Einwendungen kommentiert und ergänzt werden kann. Anschließend werden die zusammengetragenen Argumente im Frühjahr 2008 auf einer voraussichtlich mehrtägigen öffentlichen Veranstaltung von dem Investor, den Behörden und den Einwendern erörtert.

„An dieser Stelle“, so informierte Müller weiter, „kommt insbesondere den Umweltverbänden, wie dem BUND, eine wichtige Rolle zu. Sie sind im Planungsverfahren berechtigt zu klagen und können über diesen Weg eine fortdauernde Schädigung von europaweit bedrohten Naturschätzen verhindern. Mit großer Sorgfalt werden wir uns deshalb wiederholt der Erwidern auf die Pläne von DONG Energy widmen und dafür das gesamte verfügbare Expertenwissen nutzen.“

Wochenendausgabe, 08. September 2007 | Aus der Nachbarschaft

Millionen-Investition fraglich

Lubmin „Wir tendieren im Moment dazu, keine Verdichterstation in Lubmin zu bauen“, sagt Tatjana Dreyer. Sie ist die Pressesprecherin von E.on Ruhrgas, einem der Gesellschafter der Nord Stream KG. Dieses Unternehmen will rund fünf Milliarden Euro in den Bau einer 1200 Kilometer langen Erdgasleitung vom russischen Vyborg nach Lubmin investieren. Auf stolze 200 Millionen wird das Investitionsvolumen für die Erdgasverdichterstation Lubmin geschätzt. 2010 soll die Erdgasleitung in Betrieb gehen und in der ersten Ausbaustufe jährlich 27,5 Milliarden Tonnen transportieren. Das Doppelte soll es werden. Als Baubeginn wird 2008 anvisiert.

Man gehe davon aus, dass der Weitertransport des in Lubmin ankommenden russischen Erdgases in Richtung Westen und Süden auch ohne Verdichterstation möglich ist, sagt Dreyer. Auf der anderen Seite der Ostsee wird es mit 220 Bar auf die Reise geschickt. Mit über 100 Bar, immer noch das 50-fache des Drucks in einem Autoreifen, kommt das Gas in Pommern an. Der Ferngasnetzbetreiber Wingas gibt übrigens auf seinen Internetseiten an, dass mit Verdichtern das Erdgas in Deutschland alle 200 Kilometer wieder auf 95 bis 100 Bar gebracht werden muss. Die in diesem Jahr fertig gestellte Erdgasverdichterstation Mallnow bei Frankfurter/Oder benötigt 95 Megawatt für diesen Druckaufbau.

Die endgültige Entscheidung zu Lubmin stehe aber noch aus, schränkt E.on-Pressesprecherin Dreyer ein. EWN-Pressesprecherin Marlies Philipp berichtet, dass es Überlegungen auch in der Vergangenheit schon gab.

Gasverdichterstation hört sich für Laien nicht nach viel an, aber wie eingangs erwähnt handelt es sich um eine gewaltige Investition. Die enorme Summe für die Lubminer Anlage erklärt sich dadurch, dass sie für zwei Leitungen von 1,2 Meter Durchmesser angelegt werden würde. Auf dem Entwicklungsplan für das EWN-Gelände, der im Informationszentrum aushängt, ist die Gasübergabestation der Ostseepipeline neben dem neuen Industriehafen eingezeichnet. Der Flächenbedarf liegt bei über 20 Hektar, und der Energiebedarf beträgt 75 Megawatt. Das dürfte nun viel weniger werden.

ECKHARD OBERDÖRFER

Wochenendausgabe, 08. September 2007 | Wirtschaft

Baubranche setzt auf Öko-Trend

Steigende Energiekosten kurbeln das Geschäft mit dem energiebewussten Bauen an. Immer mehr Firmen stellen sich um.

Rostock (OZ) Die Baubranche profitiert vom gewachsenen Energiebewusstsein der Hausbesitzer. Ein großes Potenzial gebe es besonders bei der Sanierung bestehender Wohnungen aufgrund gestiegener Energiepreise und neuer Energiespar-Verordnungen. „Die Aufträge der Branche haben sich vom Neubau hin zum Sanieren und Modernisieren verschoben“, sagte Kay-Uwe Teetz, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Rostock-Bad Doberan. Nach Angaben des Veranstalters der gestern in Rostock-Schmarl eröffneten Baumesse Robau gelten zwei Drittel aller Wohnungen als sanierungsbedürftig.

„Öl, Strom und Gas werden immer teurer“, sagte Heidrun Walter von der Architektenkammer MV. Eine große Bedeutung habe wegen der gestiegenen Kosten die richtige Wärmedämmung der Gebäude bekommen. Das kann Thomas Zank, Mitarbeiter des Fassadenherstellers Profatec, bestätigen: Die Nachfrage beispielsweise von atmungsaktiven Dämmstoffen habe stark zugenommen. „Früher wurde viel mit Styropor gedämmt, heute ist Mineralwolle gefragt.“ Der Vorteil: Mineralwolle gebe die Feuchtigkeit durch die Wände nach außen ab, während die Wärme im Haus verbleibe.

Um den wegbrechenden Neubau-Markt abzufangen, fordert Karl-Heinz Schneider, Vorsitzender der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden voranzutreiben. Dazu gehöre „eine fundierte Informationspolitik, durch die den Besitzern oder Mietern von Gebäuden der wirtschaftliche Nutzen von Energieeinsparungen verdeutlicht werden kann.“ Bundesweit gebe es ein Modernisierungspotenzial von 390 Milliarden Euro – allein bei Wohnimmobilien.

„Viele Häuser aus DDR-Zeiten sind kaum gedämmt“, sagte Olaf Jantzen von der Zimmerei Jantzen aus Barnekow bei Wismar. Energiesparmöglichkeiten gebe es etwa durch spezielle Rollläden, die an den Fensteraußenseiten angebracht würden, erklärt der Unternehmer, der unter anderem den Neubau von Holzhäusern anbietet. Holz erfreut sich zurzeit nicht nur einer zunehmenden Bedeutung als Baustoff. Auch als Energielieferant werde der nachwachsende Rohstoff immer beliebter. „Buche und Eiche finden einen reißenden Absatz“, sagte Hubertus Westphal vom Forstamt Billenhagen. Viele Hausbesitzer würden wegen der hohen Energiekosten auf Brennholz ausweichen. Kamine und Öfen seien wieder gefragt. Mit zwölf bis 15 Kilogramm Holz für den Preis von drei Euro könne man bis zu einen Monat lang einen Raum heizen, rechnete Westphal vor. Neben energieeffizientem Bauen liegt daher ein weiterer Schwerpunkt der Robau-Messe auf dem Rohstoff Holz. „Holz ist heute so haltbar wie jeder andere Baustoff, Holz ist gesund und hat die beste Ökobilanz“, sagte Hella Stein vom Landesbeirat Holz MV. Den Bauherren, Architekten und Bauunternehmern wollen die Aussteller die Vorteile und modernen technischen Möglichkeiten des Rohstoffes nahebringen. Die Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft im Nordosten sind nach den Worten von Baustaatssekretär Sebastian Schröder in diesem Jahr positiver als in den vergangenen Jahren. „Mecklenburg-Vorpommern profitiert vom konjunkturellen Aufschwung. Die Stimmung in der Wirtschaft ist gut, der Optimismus wächst“, sagte Schröder. Von Januar bis Mai 2007 verzeichnete die Bauwirtschaft ein Auftragsplus von 6,8 Prozent, der Umsatz sei im gleichen Zeitraum um 38,2 Prozent gestiegen. Die Bauverbände selbst bewerten die Entwicklungen der Branche verhalten.

Seite 2: Kommentar

Infos: Die Robau hat bis Sonntag täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Preise: Erwachsene 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. AXEL MEYER

<http://www.mvregio.de/show/55841.html>

Gegner von Lubminer Kraftwerk innerhalb der SPD gestärkt

09.09.2007: Greifswald/MVregio Die Gegner eines Steinkohlekraftwerkes bei Lubmin innerhalb der SPD haben bei einem öffentlichen Forum des SPD-Landesverbandes Auftrieb erhalten.

"Das beste Kraftwerk ist heute das, was nicht gebaut wird", sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller (SPD) (Foto), heute, am Sonntag in Greifswald. Ziel der Energiepolitik müsse es sein, mit effizienterer Energienutzung und dem Ausbau erneuerbarer Energien den Bau von neuen Kraftwerken zu vermeiden. "Alles andere würde uns in der Zukunft sehr teuer werden", sagte Müller. Landesparteichef Erwin Sellering hält den politischen Verzicht auf das Steinkohlekraftwerk trotz einer Passage im Koalitionsvertrag für möglich. Dazu müsse sich jedoch herausstellen, dass das Kraftwerk gegen die energiepolitische Zielsetzung des Vertrages verstoße.

Die Landesregierung werde das Konzept "Energiewende 2020" in Kürze vorstellen, sagte Landesumweltminister Till Backhaus (SPD). Da das Unternehmen Dong Energy die Genehmigung des Vorhabens noch nicht beantragt habe, sei eine Bewertung des Vorhabens derzeit fachlich und politisch noch nicht möglich.

MVregio Landesdienst mv/hgw